

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Die Democrazia Cristiana nach den Parlamentswahlen

Italien hat am 28. April 1963 die beiden Kammern seines Parlaments neu gewählt. Das Ergebnis hat Befürworter wie Gegner des gegenwärtigen Regierungskurses überrascht. Politische Beobachter in Italien wie im Ausland zeigten sich bestürzt. Man hatte zwar mit Stimmenverlusten der Democrazia Cristiana, der Partei, die seit Kriegsende die Hauptverantwortung für die politischen Geschehnisse des Landes trägt, gerechnet, eine Zunahme der kommunistischen Stimmen in dem Ausmaße, wie sie die Wahlen erbrachten, hatten jedoch offenbar nicht einmal die Kommunisten erwartet.

Die ersten Kommentare, die sich um eine mehr oder weniger voreingenommene Interpretation des Wahlergebnisses bemühten, kamen zu einander sehr widersprechenden Feststellungen. Das lag weniger daran, daß man sich die eigene Niederlage nicht eingestehen wollte, sondern ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß in einem Lande mit einer so vielgliedrigen und differenzierten Parteistruktur nicht alle Teilaspekte des Wahlergebnisses aus diesem allein abzulesen sind. Selbst der liberale „Corriere della Sera“, der den politischen Kurs der Regierung Fanfani auf außen- wie auf wirtschaftspolitischem Gebiet mit aller Entschiedenheit bekämpfte, hat sein Urteil über den Ausgang der Wahlen innerhalb weniger Tage in mehr als einer Hinsicht revidiert, wenn auch nicht im Sinne der von ihm bekämpften Regierung (1., 3. u. 4. 5. 63).

Nicht minder deutlich war die Reaktion im Ausland, in Europa wie in den Vereinigten Staaten. Man befürchtete von dem Anwachsen der italienischen Linken eine zusätzliche Gefahr für das ohnehin von innen her bedrohte Verteidigungsbündnis des Westens. Man warf ferner der Regierung Fanfani vor, gegenüber den Nennisozialisten und den Kommunisten keinen klaren außen- und wirtschaftspolitischen Kurs gesteuert zu haben, und schrieb ihr daher die Hauptverantwortung für die so getroffene Entscheidung des Wählers zu (vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 14. 5. 63). In Italien selbst wie im Ausland unterließ man es auch nicht, auf die veränderte Haltung der Kirche und besonders des verstorbenen Papstes gegenüber dem Osten hinzuweisen, die gerade den italienischen Kommunisten die Wahlpropaganda erleichtert habe. Rechtsgerichtete Kreise in Italien erblickten im Ausgang der italienischen Wahlen einen Mißerfolg der auf dem Konzil durchgedrungenen offeneren Haltung der Kirche und meinten, mit dem Mißerfolg der „apertura a sinistra“ habe sich auch die neue „Öffnung“ der Kirche als unrealistisch erwiesen. Eine solche Vermischung von Religiösem und Politischem, wie man sie in Italien schon zu Beginn des Konzils erlebt hatte, ist allein aus der geistigen Struktur des Landes zu verstehen und braucht nicht besonders ernst genommen zu werden.

Die Democrazia Cristiana in der Defensive

Der Wahlkampf stand diesmal von Anfang an völlig im Zeichen der seit dem Parteikongreß von Neapel (Januar 1962) vorsichtig vollzogenen Öffnung der Democrazia Cristiana nach links. Die aus dieser Öffnung hervorgegangene Regierung Fanfani bestand aus einer Koalition von Christlichen Demokraten, Saragatsozialisten und

Republikanern, die im alten Parlament über eine wenn auch sehr schwache Mehrheit in beiden Häusern verfügten. Die Aussichtslosigkeit, die demokratische Basis zu erweitern und damit auf anderem Wege zu einer stabilen Regierung zu kommen, hatte die Democrazia Cristiana und ihre Koalitionspartner veranlaßt, die parlamentarische Unterstützung der Nennisozialisten zu suchen. Diese Unterstützung war aber an feste Abmachungen hinsichtlich einiger wichtiger wirtschafts- und verfassungspolitischer Programmpunkte gebunden. Die wesentlichen waren die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft und die Errichtung der „Regionen“. Beide Programmpunkte waren in ihrem Ursprung nicht mit der „apertura a sinistra“ verknüpft und entsprachen nicht allein dem Wunsch der Nennisozialisten. Die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft war seit Bestehen der Republik immer wieder gefordert worden, und die Liberalen, die diese unter der Regierung Fanfani am entschiedensten ablehnten, hatten die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft bereits in der vorkfaschistischen Zeit verlangt. Die italienische Verfassung erwähnt ausdrücklich die Möglichkeit der Verstaatlichung von Energiequellen, die für das Allgemeinwohl wichtig sind. Ähnlich verhält es sich mit der Errichtung der „Regionen“. Diese ist in der Verfassung der Republik ausdrücklich vorgesehen, widerspricht aber der streng zentralstaatlichen Tradition Italiens und hat deswegen auch in der Democrazia Cristiana zahlreiche Gegner, die sie nicht nur aus taktischen Gründen, sondern auch aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen. Eine Folge davon war allerdings, daß man die Propaganda für die „Regionen“, die für die Erneuerung des an ausgeprägten geographischen und kulturellen Gegensätzen reichen italienischen Staatsgefüges sicher von Bedeutung wären, der Linken überließ.

Der erste Programmpunkt, die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft, wurde von der Regierung Fanfani noch 1962 durch die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes und die Errichtung der staatlichen Elektrogesellschaft ENEL verwirklicht. Die Nennisozialisten hatten an deren parlamentarischen Zustandekommen wesentlichen Anteil. Sie haben ihre Auffassung auch bei der Festsetzung des Entschädigungsmodus der betroffenen Gesellschaften und bei der Festlegung der Struktur der ENEL weitgehend zur Geltung bringen können. An die Errichtung der „Regionen“ noch während der vergangenen Legislaturperiode hatte im Regierungslager wohl niemand im Ernst gedacht. Die Nennisozialisten benützten allerdings die Nichterfüllung dieses Programmpunktes durch die Regierung Fanfani, dieser bereits im Januar 1963 die weitere Mitarbeit aufzukündigen, enthielten sich aber bei der Abstimmung über ein von den Kommunisten eingebrachtes Mißtrauensvotum der Stimme und erklärten ausdrücklich, die Zusammenarbeit nach den Parlamentswahlen fortsetzen zu wollen.

Die Ausgangsposition für den Wahlkampf war für die Democrazia Cristiana äußerst ungünstig. Die Öffnung nach links war angesichts der Opposition von rechts und links und der damit verbundenen Gefahren für die Demokratie Italiens eine zu diffizile und komplexe Angelegenheit, als daß sie innerhalb von zwei Jahren hätte politisch bewältigt werden können. Die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft war bei breiten Bevölkerungs-

schichten auf wenig Gegenliebe gestoßen. Die Verstaatlichungstendenzen der Regierung riefen die Opposition der Liberalen auf den Plan, die vor allem im mittleren Bürgertum und bei den Selbständigen, die um ihre wirtschaftlichen Interessen bangten, auf Resonanz stießen. Man darf der Öffnung nach links auch zugute halten, daß sie in einer Zeit erfolgte, die, wirtschaftspolitisch gesehen, für sie kaum günstig war. Als sie eingeleitet wurde, hatte die Hochkonjunktur ihre Spitze erreicht, und es zeigten sich bereits stark inflationistische Tendenzen. Die Preisentwicklung hatte offenbar bereits den Punkt erreicht, wo Einsichten in nationale Notwendigkeiten an Gewicht verloren gegenüber den unmittelbaren wirtschaftlichen Bedürfnissen des Alltags. Das Argument der Teuerung konnte von Liberalen und Kommunisten mit gleichem Nutzen verwendet werden. Die Democrazia Cristiana war zudem gezwungen, zwischen den Parteien zu lavieren. Der Kurs nach links war eröffnet, aber niemand konnte mit Sicherheit sagen, wohin der Weg führte. Es fehlte auch ein klares, dem einfachen Wähler ohne viel Mühe einsichtiges Programm. Großangelegte sozialpolitische Programme vermögen nicht das Interesse von Wählern zu wecken, von denen, wie der römische „Messaggero“ bemerkt, drei Viertel keine Zeitung lesen. Schließlich mußte die Partei auf die Gegensätze innerhalb ihrer eigenen Reihen Rücksicht nehmen, um die ohnehin durch die Öffnung nach links angeschlagene Einheit nicht noch weiter zu gefährden.

Die Haltung des Episkopats und der Geistlichkeit

Während den Liberalen von vornherein eine gute Wahlchance zugebilligt wurde und auch den Kommunisten mancherlei Möglichkeiten offenstanden, die Angriffsstellen der Regierung Fanfani für eine Konsolidierung ihrer Partei zu nutzen, befand sich die Democrazia Cristiana von Anfang an in der Defensive. Von daher muß die tägliche Beschwörung der Einheit der katholischen Wähler verstanden werden; denn nicht nur die Saragatsozialisten warben um die Stimmen der Katholiken, auch die Kommunisten versuchten ihre Wählbarkeit durch Katholiken eindringlich zu demonstrieren, und der Empfang des Schwiegersohns Chruschtschows durch den Papst war ihnen dabei eine willkommene Hilfe (sicher hatte man von sowjetischer Seite diesen Nebeneffekt mit einkalkuliert). Den unmittelbaren und zugleich gefährlichen Gegner erblickte man allerdings in den Liberalen, die die politische Unabhängigkeit der Katholiken zu nutzen suchten, so sehr sie auch sonst das „unpolitische“ Verhalten des Papstes aus konservativen Gründen ablehnten. Die „Civiltà Cattolica“ (16. 3. 63) berichtete von wiederholten Versuchen von liberaler Seite, den Klerus und einzelne

Bischöfe gegen die Parteiführung der Democrazia Cristiana auszuspielen. Es wird von Dokumenten und Flugblättern berichtet, in denen Vertreter der Liberalen und der Rechtsparteien anonyme Aussagen von Bischöfen verbreiteten, die einer Aufforderung, nicht mehr für die „linksfreundliche“ Democrazia Cristiana zu stimmen, gleichkommen. Die Bischöfe haben der Gefahr einer Abbröckelung nach rechts Rechnung getragen und in einem Hirtenwort, das vom Sekretariat der Italienischen Bischofskonferenz veröffentlicht wurde, die Katholiken ermahnt, an der bisherigen politischen Einheit festzuhalten, da diese Einheit heute notwendiger sei denn je (vgl. „La Civiltà Cattolica“, 6. 4. 63). Das Dokument der Bischöfe war allerdings in einem wenn auch nicht weniger verbindlichen, so doch zurückhaltenderen Tone abgefaßt als frühere italienische Hirtenschreiben bei ähnlichen Anlässen. Man betonte weniger die Gewissenspflicht des einzelnen, nur christliche Kandidaten zu wählen, und beschränkte sich im wesentlichen auf das taktische Argument, angesichts der Gefahren des Kommunismus und des Laizismus die Einheit des politischen Handelns zu wahren. Aber gerade dieses „taktische Argument“ hat offenbar angesichts der konkreten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei den Wählern nicht sehr verfangen. Offenbar auch deswegen, weil einzelne Kardinäle diese Erklärung der Bischöfe sehr verschieden interpretierten (vgl. „Aggiornamenti sociali“, Juni 1963, S. 408 ff.). Damit soll freilich nicht vermutet werden, daß ein direkteres Eingreifen der Hierarchie in den Wahlkampf zu positiven Ergebnissen hätte führen müssen. Frühere Beispiele zeigen, daß derartige Interventionen auch in Italien zuweilen gerade den gegenteiligen Effekt bewirkt haben. Man sollte in diesem Zusammenhang auch nicht übersehen, daß die feierliche Verurteilung des Kommunismus durch das Heilige Offizium 1949 nicht zu einer Zurückdrängung — ja nicht einmal zu einer vorübergehenden — des Kommunismus in Italien geführt hat.

Die Gewinne der Kommunisten und Liberalen

Wie bereits erwähnt, hatte man die Stimmengewinne der Liberalen — auch in dem Ausmaß, in dem sie tatsächlich eingetroffen sind — erwartet. Aber zugleich hatte man mit einem leichten Rückgang der Kommunisten gerechnet, da man sich offenbar von gewissen äußeren Zeichen der Schwäche (spektakulärer Austritt von Mitgliedern und Abgeordneten aus der Partei usw.) zur Annahme verleiten ließ, die kommunistische Partei habe an Schlagkraft verloren. Ein Überblick über das Wahlergebnis zeigt, daß solche Spekulationen unbegründet waren (in Klammern das Ergebnis der Parlamentswahlen vom Jahre 1958):

	Abgeordneten-kammer		Senat	
	Stimmenanteil	Prozent	Stimmenanteil	Prozent
DC	11 763 854 (12 519 207)	38,3 (42,4)	10 208 524 (10 780 954)	37,2 (41,2)
PCI	7 763 854 (6 704 454)	25,3 (22,7)	6 993 604 (5 700 952)	25,5 (21,8)
PSI	4 251 966 (4 206 726)	13,8 (14,2)	3 856 088 (3 695 741)	14,0 (14,1)
PLI	2 142 053 (1 047 081)	7,0 (3,5)	2 059 452 (1 009 013)	7,5 (3,9)
PSDI	1 874 379 (1 345 447)	6,1 (4,5)	1 739 880 (1 164 280)	6,3 (4,4)
MSI	1 569 202 (1 407 718)	5,1 (4,8)	1 694 832 (1 150 051)	6,2 (4,4)
PDIUM	536 652 (1 436 916)	1,7 (4,8)	428 167 (1 285 037)	1,6 (5,0)
PRI	420 946 (405 782)	1,4 (1,4)	223 421 (367 340)	0,8 (1,4)
And.	406 999 (485 938)	1,3 (1,7)	253 028 (355 782)	0,9 (1,3)

DC = Democrazia Cristiana (Christlich-Demokratische Partei Italiens), PCI = Partito Comunista Italiano (Kommunistische Partei Italiens), PSI = Partito Socialista Italiano (Nennsozialisten), PLI = Partito Liberale Italiano (Liberales Partei Italiens), PSDI = Partito Socialdemocratico Italiano (Saragatsozialisten), MSI = Movimento Sociale Italiano (Neofaschisten), PDIUM = Partito Democratico Italiano di Unione Monarchica (Monarchisten), PRI = Partito Repubblicano Italiano (Republikaner).

Die Übersicht über den zahlenmäßigen und prozentualen Anteil der einzelnen Parteien weist auf vier wichtige Ergebnisse hin:

1. Ein beachtlicher Stimmenverlust der Democrazia Cristiana (DC) sowohl im Senat wie in der Abgeordneten-kammer. Sie hat in der Kammer 4,1% des Gesamtanteils und im Senat 4% der Gesamtzahl der Stimmen verloren. Trotz des größeren prozentualen Verlustes in der Abgeordneten-kammer (0,1) beträgt ihr Stimmenanteil in der Kammer um 1,1% mehr als im Senat.

2. Verluste bei den Monarchisten (PDIUM), die beinahe einer Auflösung gleichkommen. Sie sanken in der Kammer von 4,8% auf 1,7% und im Senat von 5% auf 1,6%. Dieser Rückgang wurde allgemein vorausgesagt, da die Partei seit längerer Zeit Verfallserscheinungen zeigte. Ihr unstetes Wählerpublikum, das sich vornehmlich aus Unzufriedenen aller Schattierungen zusammensetzt, ist demagogischen Einflüssen und sehr zeitbedingten Umständen, die mit Politik kaum etwas zu tun haben, besonders ausgesetzt. Nach übereinstimmenden Interpretationen sind ihre Verluste nicht ausschließlich der bürgerlichen Rechten (den Liberalen) und den Neofaschisten zugute gekommen, sondern auch den Saragatsozialisten, den Nennisozialisten und sicher in nicht unbeachtlicher Zahl den Kommunisten.

3. Die Liberalen konnten in beiden Häusern ihren Stimmenanteil beinahe verdoppeln. Diese konservative, vom mittleren Bürgertum und einem Teil des Großkapitals sowie vor allem vom Großteil der nicht parteigebundenen Presse mächtig unterstützte Partei hat ihre Chancen, die ihr die Öffnung nach links und das Unbehagen weiter Kreise boten, zu nutzen gewußt. Ihr Erfolg hat nicht überrascht. Diese Entwicklung hatte sich schon bei den beiden letzten römischen Gemeindewahlen 1961 abgezeichnet. Man muß sich fragen, woher die Stimmengewinne der Liberalen kommen. Ein rein zahlenmäßiger Überblick legt die Vermutung nahe, es handele sich der Hauptsache nach um monarchistische Stimmen. Daß das Gros der monarchistischen Stimmen aber nicht von den Liberalen geerbt wurde, darin stimmen die meisten Kommentare überein. Die Art des Wahlkampfes und die scharfe Presse-kampagne gegen die Öffnung nach links (es ist zu beachten, daß die potentiellen liberalen Wähler ungleich besser von der Presse erreicht werden als die Wähler der großen Volksparteien) lassen kaum an einem breiten Zufluß aus den Reservaten der Democrazia Cristiana zweifeln.

4. Die kommunistischen Stimmen stiegen von 22,7% auf 25,3% in der Abgeordneten-kammer und von 21,8% auf 25,5% im Senat. Wie ist diese Zunahme zu erklären? Die sicher nicht unbeträchtlichen Gewinne der Kommunisten auf Kosten der Monarchisten reichen für diesen Zuwachs schon deswegen nicht aus, weil die Zunahme der kommunistischen Stimmen in Mittel- und Norditalien stärker war als im Süden, wo sich die Hochburgen der Monarchisten befinden. Steht also der Gewinn der Kommunisten in direktem Zusammenhang mit den Verlusten der Democrazia Cristiana? Ohne Zweifel kommt ein gewisser Prozentsatz direkt von den früheren christlich-demokratischen Wählern. Ausschlaggebend waren dafür — das kann man mit einiger Sicherheit annehmen — die Stimmen der Frauen. Das würde nichts anderes bedeuten, als daß der Mangel an „ideologischer“ Deutlichkeit der bischöflichen Verlautbarung die Frauen veranlaßt hätte, kommunistisch wie ihre Männer zu wählen. Eine solche Überlegung läßt sich nicht ohne weiteres wider-

legen. Man kann aber mit ihr auch nicht allzuviel beweisen. Die steigenden Lebenshaltungskosten boten sicher einen unmittelbaren und konkreteren Anlaß für das Abschwanken von Frauenstimmen ins kommunistische Lager.

Zur Erklärung des Zuwachses der Kommunisten muß aber noch ein weiterer Aspekt des Wahlergebnisses herangezogen werden: die innerparteilichen Verschiebungen der Nennisozialisten. Bekanntlich konnte Nenni auf dem letzten Kongreß der Partei die parlamentarische Unterstützung der Regierung Fanfani nur mit einer relativ geringen Mehrheit durchsetzen. Der linke Flügel seiner Partei trat weiterhin für eine engere Zusammenarbeit mit den Kommunisten ein. Bei den Parlamentswahlen hat nun der linke Flügel der Partei eindeutig den kürzeren gezogen. Nach Angaben des Vertreters des linken Flügels, Valori, gehören von den 87 neuen Abgeordneten der Nennisozialisten in der Kammer nur 30 dem linken Flügel an. Im Senat hat sich das Verhältnis noch deutlicher zugunsten der Autonomisten unter der Führung von Nenni verändert. Von 20 neugewählten Senatoren sollen nur zwei zum linken Flügel gehören (vgl. „Corriere della Sera“, 4. 5. 63). Der Wille zu einer von den Kommunisten unabhängigen Politik hat sich also unter diesem Aspekt wenigstens behauptet. Dieser Vorgang beweist eindeutig, daß vom linken Flügel der Nennisozialisten mehr Stimmen zu den Kommunisten abgewandert sind, als die geringen Gesamtverluste der Partei Nennis (0,4% in der Abgeordneten-kammer und 0,1 im Senat) vermuten lassen. Die Nennisozialisten haben jedoch ihre Verluste an die Kommunisten weitgehend durch Gewinne von rechts, von der Democrazia Cristiana und von den Monarchisten, ausgleichen können. Teilergebnisse aus einzelnen Städten und Provinzen Italiens machen eine solche Interpretation durchaus plausibel. Der gleichzeitige Stimmengewinn der Saragatsozialisten (PSDI) erklärt sich ebenfalls zu einem guten Teil aus den Verlusten der Democrazia Cristiana. Diese Partei hat ihre Werbekraft ohne Zweifel in besonderem Maße der Strahlkraft ihres Parteiführers zu verdanken, der unter Zurückdrängung aller antikirchlichen Komplexe das Gespräch mit den Katholiken mit Erfolg gesucht hat. Er verfügt auch über weitgehende Sympathien innerhalb der Christlich-Demokratischen Partei. Saragat hat zudem in der Endphase des Wahlkampfes entscheidende Schützenhilfe von einem Großteil der unabhängigen Presse erhalten. Nicht zu Unrecht konnte die Democrazia Cristiana nach der Wahlniederlage auf die konzentrischen Angriffe von Links- und Rechtsparteien auf ihre Partei hinweisen, von Parteien, die oft, von den Liberalen und den Kommunisten abgesehen, keine direkten, aber deswegen um so gefährlichere Gegner sind. Was die direkten Stimmengewinne der Kommunisten auf Kosten der Democrazia Cristiana betrifft, so spielt neben den bereits genannten Gründen die inneritalienische Wanderung eine Rolle. Das gilt besonders für die norditalienischen Provinzen und Großstädte, wo sich die Hauptmasse der Zuwanderer aus dem Süden niederläßt. Bisher ist es von allen Parteien und Organisationen, einschließlich der kirchlichen, den Kommunisten allein gelungen, durch ihr vielmaschiges Netz von administrativen und Parteiverbindungen die Zugewanderten direkt zu beeinflussen und daraus politisches Kapital zu schlagen. Auf Grund der hier genannten Details kann man zu folgender Beurteilung des Gesamtergebnisses kommen: 1. Die Stimmenverschiebungen sind größer und zugleich

komplexer gewesen, als es ein erster Überblick über die zahlenmäßigen Ergebnisse vermuten ließe. Es erfolgten nicht nur Verschiebungen von den Parteien des Zentrums zur Linken, es gab auch Gewichtverschiebungen innerhalb der Linken zugunsten der Kommunisten, und es gab in beträchtlichem Maße Wanderungen von der Rechten (Monarchisten) nach links (Nennisozialisten, Kommunisten).

2. Ein allgemeiner Trend nach links ist unverkennbar und kann auch durch die Zunahme der rechtsstehenden Liberalen auf Kosten der Christlichen Demokraten nicht revidiert werden. Diese Wanderung nach links muß aber in ihrer ganzen komplexen Wirklichkeit gesehen werden, wobei der zahlenmäßige Zuwachs der Kommunisten nicht überschätzt werden darf. Dieser Zuwachs war auf Grund der Öffnung nach links — wenigstens als vorübergehende Folge — zu erwarten und mußte dementsprechend einkalkuliert werden. Das Wahlergebnis bestätigt, vorausgesetzt, daß der Wille zur Loslösung von den Kommunisten bei den Nennisozialisten echt ist und durch das für die Nennisozialisten nicht sehr günstige Wahlergebnis nicht beeinträchtigt wird, das Vorhandensein der kommunistischen Macht in Italien, nicht aber deren Anwachsen.

3. Die italienische Rechte stagniert. Keiner der rechtsstehenden Parteien ist es in der Nachkriegszeit gelungen, sich zu einer wirklichen Volkspartei zu entwickeln. Der leichte Zuwachs der Neofaschisten (MSI) fällt nicht ins Gewicht; er erfolgte — man braucht nur auf gewisse Ereignisse bei den letzten römischen Gemeindewahlen hinzuweisen — ebenfalls auf Kosten der Democrazia Cristiana und ist sehr umständebedingter Natur. Die Monarchisten scheinen ihrer inneren Krise, die zugleich eine personelle und programmatische ist, endgültig erlegen zu sein.

4. Die Zunahme der Liberalen war eine notwendige Folge der Öffnung nach links, die zwangsläufig zu einer gewissen Scheidung zwischen links und rechts, besonders in wirtschaftspolitischen Fragen, führte. Die Partei Malagodi ist jedoch zu sehr schichtgebunden, als daß sie jemals Aussicht hätte, zu einer Volkspartei zu werden, die alle konservativen Bevölkerungsschichten umfaßt. Dazu fehlen ihr auch die organisatorischen Voraussetzungen.

Die Verteilung der Jungwählerstimmen

5. Entscheidend ist das Votum der Jungwähler. Da der Italiener für die Abgeordnetenversammlung ab 21 Jahren, für den Senat erst ab 25 Jahren wahlberechtigt ist, hat man die Möglichkeit, die Stimmabgaben innerhalb der Jungwähler mit einem hohen Grad von Wahrscheinlichkeit zu errechnen. Dieser Aufgabe unterzog sich U. Indrio im „Corriere della Sera“ (4. 5. 63). Die Gesamtzahl der Neuwähler (jener, die für die Kammer, nicht aber für den Senat wählen durften) betrug 3 282 631 der gültigen Stimmen. Diese Zahl vergleicht Indrio mit der Stimmenzahl der einzelnen Parteien. Tatsächlich ist der Stimmenanteil der Democrazia Cristiana in der Kammer um 1,1 % höher als im Senat. Nach der Rechnung von Indrio fallen von den Stimmen der Jungwähler für die Abgeordnetenversammlung 1 574 435 der Democrazia Cristiana zu. Das sind genau 48 % der Gesamtzahl der Jungwählerstimmen. Da hier die Zahl der Stimmengewinne mit den Mehrstimmen in der Kammer für die Christlichen Demokraten gegenüber den Stimmen für den Senat gleichgesetzt wird, lassen sich mögliche Schwankungen nicht aus-

schließen. Sie berühren aber nicht den Trend als solchen. Indrio hat auch den Anteil der anderen Parteien an den Jungwählerstimmen errechnet, und diese Rechnung ist nicht weniger aufschlußreich. Danach kommen auf die Kommunisten 23,5 % der Jungwählerstimmen (gegenüber 25,3 der Gesamtstimmen), auf die Nennisozialisten 12,1 (gegenüber 13,8), auf die Liberalen 2,5 (gegenüber 7), auf die Saragatozialisten 4,1 (gegenüber 6,1), auf die Neofaschisten 4,7 (gegenüber 5,1). Nach dieser Rechnung hat die Democrazia Cristiana beträchtliche Stimmengewinne bei den Jungwählern zu verzeichnen. Ihr Anteil bei den Jugendlichen liegt um ungefähr 10 % höher. Das würde bedeuten, daß der neue Kurs der Christlichen Demokraten von der Jugend in dem Maße akzeptiert wird, als er von der älteren Generation abgelehnt wird. Bezeichnend ist der sehr geringe Anteil der Rechtsparteien (besonders der Liberalen) an den Jungwählerstimmen. Selbst wenn den Zahlen kein absoluter Wert zukommt, so sind sie doch hinreichend signifikant. Die Democrazia Cristiana wird bei der Bestimmung ihrer künftigen Politik diesen Teilaspekt des Wahlergebnisses sicher nicht aus dem Auge verlieren. Von einer Tendenz der Jungwähler zu den radikalen Parteien hin kann auf Grund dieses Ergebnisses jedenfalls keine Rede sein. Bei den Regionalratswahlen in Sizilien, die am 8. Juni 1963, also wenige Wochen nach den Parlamentswahlen, stattfanden, konnten die christlichen Demokraten zudem bei ungefähr gleichbleibendem Trend beachtliche Gewinne erzielen und mit etwas mehr als 42 % der Stimmen den Hochstand bei den Parlamentswahlen 1958 beinahe wieder erreichen. Die übrigen Parteien der linken Mitte hatten mit Ausnahme der Nennisozialisten ebenso Stimmengewinne zu verzeichnen.

Das Schicksal des „Centro-Sinistra“

Die Gegner des Centro-Sinistra erblickten im Wahlergebnis eine entscheidende Niederlage für dies Centro. Nach ihrer Ansicht habe sich erwiesen, daß eine Zusammenarbeit mit den Nennisozialisten und „die Verwischung gewisser moralischer und religiöser Grenzen“ letzten Endes nur den Kommunisten zugute kommt. Sie haben freilich nicht bedacht, daß ihr unterschiedener Kampf gegen den gegenwärtigen Regierungskurs die Democrazia Cristiana schwächte und sie dadurch ebenfalls den Kommunisten unfreiwillige Hilfe leisteten, ohne daß sie selbst eine Alternative gegen die Öffnung nach links zu bieten haben. Theoretisch boten sich nach den Wahlen zwei Möglichkeiten für eine Regierung an: eine Koalition zwischen Democrazia Cristiana, Liberalen und Saragatozialisten. Sie würde in der Kammer zusammen über 332 von 630 Sitzen verfügt haben, hätte sich also nur mit einer sehr schwachen Mehrheit behaupten können. Daneben bestand die zweite Möglichkeit: die Fortsetzung des gegenwärtigen Kurses der DC-PSDI-PRI mit parlamentarischer Unterstützung der Nennisozialisten oder eine Koalition der DC-PSDI-PRI mit den Nennisozialisten. Eine solche Koalition hätte über 386 von 630 Sitzen verfügt.

Durch die Stimmverluste aufgerüttelt, strebte die Democrazia Cristiana gleich nach den Wahlen nach einer klaren Abgrenzung gegenüber der extremen Linken. Fanfani, auf den sich die Vorwürfe seiner Gegner in der eigenen Partei konzentrierten, wurde nicht mehr mit der Regierungsbildung beauftragt. Da die extreme Linke auch propagandistisch sich seiner zu bemächtigen suchte, hatte die Democrazia Cristiana allen Grund, ihn nicht mehr

mit der Bildung der Regierung zu betrauen. Der Versuch des Parteisekretärs, Aldo Moros, eine Regierung der linken Mitte auf neuer Basis zu bilden, scheiterte im letzten Augenblick am Widerstand eines Teils der Nennisozialisten. Damit schwanden auch die Aussichten auf die Bildung einer einigermaßen stabilen Mehrheit für die nächste Zeit. Die inzwischen vereidigte und vom Parlament durch Stimmenthaltung der Sozialdemokraten, Republikaner und Nennisozialisten bestätigte christlich-demokratische Minderheitsregierung des bisherigen Kammerpräsidenten Leone ist eine Übergangsregierung. Leone hat bereits bei der Übernahme der Geschäfte erklärt, nur bis Ende Oktober, also bis nach dem Parteikongreß der Nennisozialisten, im Amt bleiben zu wollen. In der jetzigen Regierung sind nahezu alle christlich-demokratischen Minister des früheren Kabinetts verblieben. Ihr Gesicht unterscheidet sich nicht wesentlich von dem der Regierung Fanfani.

Das Hauptproblem bilden in nächster Zeit ohne Zweifel die Nennisozialisten. Ein Teil der Autonomisten hat Nenni im entscheidenden Augenblick die Gefolgschaft verweigert und sich vorübergehend mit dem kommunistenfreundlichen linken Flügel verbunden. Persönliche Rivalitäten zwischen Nenni und seinem präsumptiven Nachfolger R. Lombardi spielten dabei eine Rolle. Die offene Androhung von Neuwahlen von Seiten der Democrazia Cristiana zwang die Nennisozialisten im eigenen Interesse, die Regierung Leone bis zum Herbst am Leben zu erhalten, da sich Neuwahlen für die Nennisozialisten im Augenblick katastrophal auswirken müßten. Damit ist freilich nicht gesagt, daß der Parteikongreß die Lage der Partei wieder stabilisieren werde. Erhält die Richtung Nenni bei den Neuwahlen des Vorstandes und des Nationalrates der Partei eine klare Mehrheit, wie sie den Mehrheitsverhältnissen zwischen den Flügeln der Partei im Parlament entspricht, so wäre das ein positives Zeichen. Im Augenblick läßt sich aber nicht voraussagen, ob es überhaupt so weit kommen wird. Die Democrazia Cristiana hat jedenfalls inzwischen weiterhin ihren Willen bekundet, an der Öffnung nach links festzuhalten und die Ergebnisse des Parteikongresses der Nennisozialisten abzuwarten.

Die kommunistische Gefahr

Die kommunistische Gefahr darf nicht nur unter dem Aspekt des Wahlergebnisses vom 28. April gesehen werden. Das Wahlergebnis hat nur bewiesen, daß die kommunistische Partei weiterhin imstand ist, ihre Stellung zu halten, die sie, von geringen Rückschlägen abgesehen (1958), seit 1948 eingenommen hat. Die jetzige Zunahme um 2,6% in der Kammer gleicht annähernd den Verlust von 1958 wieder aus. Die damaligen Verluste waren auf einschneidende Ereignisse im Ostblock (Ungarnaufstand usw.) zurückzuführen. Sie waren bereits wieder bei den Gemeindewahlen 1960 (24,5% der gültigen Stimmen) zu einem guten Teil aufgeholt, und die Teil-Gemeindewahlen 1961 brachten einen weiteren leichten Anstieg der Kommunisten (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 496). Angesichts dieser Entwicklung wird man den neuerlichen Zuwachs der Kommunisten nicht einseitig der Öffnung nach links und ihrer spezifischen Form unter Fanfani zuschreiben dürfen. Mit gleichem Recht könnte man fragen, ob nicht die vorausgegangenen Experimente mit der Rechten unter Segni und Tambroni den Wiederaufstieg der Kommunisten verursacht haben. Letzten

Endes ist die eigentliche Gefahr der Kommunisten für Italien in zwei Umständen zu suchen: in der Unfähigkeit der Mitte, eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden, und in der Solidität des kommunistischen Parteiapparates.

Die Kommunisten verfügen anerkanntermaßen über die beste Organisation, sie erfüllen am besten das erste Gebot für eine politische Partei: das der unmittelbaren Präsenz. Sie sind zudem in ihrer Propaganda durch keinerlei Regierungsverantwortung gehemmt und in der Durchsetzung ihrer lokalen Ziele auch nicht unbedingt an demokratische Spielregeln gebunden. Sie bilden in den Kooperativen, in den Kommunen und in den kommunistisch orientierten Gewerkschaften einen Staat im Staat. Das Wahlergebnis zeigt auch, daß einem solchen Kommunismus mit wirtschaftlichen und sozialen Reformen und noch weniger mit wirtschaftlichem Wohlstand allein nicht beizukommen ist. Sie haben im Norden Italiens bedeutend mehr Stimmen gewonnen als im Süden. Sie haben ihre Positionen in den großen Städten ausgebaut und sich rechtzeitig auf eine veränderte Wahltaktik eingestellt. Das beweisen die „Thesen“, das neue Parteiprogramm, das auf dem letzten Parteikongreß im Dezember 1962 in Rom angenommen wurde. Darin wird nicht nur der Gemeinsame Markt als eine positive Entwicklungsphase anerkannt, es wird auch das direkte Gespräch mit den Katholiken gesucht und ausdrücklich darauf hingewiesen, daß „trivialer Antiklerikalismus“ im Gespräch mit den Katholiken zu unterlassen sei. Die Partei hat die alten „Stalinen“ rechtzeitig aus ihren Reihen entfernt und ihre politische Mannschaft erneuert. Sie gibt sich nach außen hin ein bürgerliches Gesicht und versteht so nicht nur die alte Anhängerschaft aus dem zum Mittelstand aufgestiegenen ehemaligen Proletariat zu halten, sondern auch jene politischen Leerräume zu erobern, die sich im Gefolge der steigenden Verstärkung mit all ihren gesellschaftlichen Transformationen bilden.

Die Zukunft der Christlich-Demokratischen Partei

Verglichen mit den Kommunisten, hat die Democrazia Cristiana als eine Volkspartei der Mitte mit leichter Linksorientierung (die ihr schon De Gasperi gewünscht hatte) gegenüber dem Wähler einen ungleich schwereren Stand. Sie hat nicht nur die Last von 15 Regierungsjahren zu tragen, sondern auch die politischen Schwächen ihrer Koalitionspartner mitzuverantworten. Sie hat zwar ihre Stellung auf dem Lande im wesentlichen behauptet, sie beherrscht aber nicht die Massen in den Städten. Sie hat sich nur sehr schwerfällig den neuen Bedingungen, die sie selbst mit herbeigeführt hat, angepaßt. Es blieb ihr dazu freilich auch zuwenig Zeit. Man darf auch nicht übersehen, daß die traditionelle enge Bindung der Partei an die Entscheidung der Hierarchie wohl einen gewissen Rückhalt bei den streng kirchlich gebundenen Wählern bot, der mit der Lockerung dieser Bindung unter dem vergangenen Pontifikat abgebaut wurde, ohne daß er durch eine politische Selbständigkeit aus christlicher Verantwortung ersetzt worden wäre. Die Democrazia Cristiana steht also an einem geistigen, wenn man will, ideologischen Neubeginn, und sie muß nach ihrer Schwenkung nach links erst ihre eigene Gestalt wiederfinden. Der Spielraum, der sich ihr dabei bietet, ist nicht sehr weit gesteckt. Der Verlust einer gewissen Wählerschicht auf der rechten Seite mußte als notwendiges Opfer für die Öffnung nach links hingenommen werden. Ein neues Feld auf der Linken hat sich einstweilen nicht eröffnet, und es

ist auch in nächster Zukunft damit kaum zu rechnen. Damit sind der Aktionsbasis von vornherein bestimmte Grenzen gesetzt. Es ist auch zu bedenken, daß religiöse Bindungen in Zukunft bei politischen Entscheidungen noch weniger eine Rolle spielen werden als bisher. Es hat sich gezeigt, daß konkrete Interessen kirchlichen Bindungen durchaus übergeordnet werden, um so mehr, als sich mit diesen Interessen auch eine bestimmte Mentalität verbindet, die von einzelnen Vertretern der Kirche noch gefördert worden ist. Man darf nicht übersehen, daß es nicht nur der Parteiführung an der notwendigen Geschlossenheit fehlt. Um so mehr wird die Partei selbst darauf zu achten haben, ihre Handlungseinheit zu bewahren. Manche erblicken in der jetzigen Schwächung der Partei eine neue Gefahr für ihre Einheit. Eine solche

Gefahr besteht im Augenblick nicht. Es kommt freilich sehr darauf an, welche Persönlichkeiten innerhalb der Partei die Führung behalten. Die Stellung von Parteisekretär Moro ist unangefochten. Aber ihm fehlt der Kontakt zu den Massen, der für eine Massenpartei wie die *Democrazia Cristiana* wesentlich ist. Die Partei wird sich erst wieder an der Basis erneuern müssen, bevor Aussicht auf einen größeren Erfolg besteht. Und die Katholiken werden gut daran tun, die Partei nicht im gegenwärtigen Augenblick aus verengter kulturpolitischer Sicht heraus mit Aufgaben zu belasten, die sie unter den gegebenen Verhältnissen nicht verwirklichen kann. Der Anklang, den die *Democrazia Cristiana* bei den Jungwählern gefunden hat, läßt hoffen, daß ein gewisser Regenerationsprozeß bereits begonnen hat.

Aus der Ökumene

Faith and Order im Zeichen des Konzils (I)

Aus den Vorarbeiten für Montreal

Vom 12. bis 26. Juli 1963 tagte in der kanadischen Stadt Montreal im Beisein von fünf römisch-katholischen Beobachtern die 4. Weltkirchenkonferenz der ökumenischen Bewegung Faith and Order (Glaube und Kirchenverfassung), seit zehn Jahren eine Kommission innerhalb der Studienabteilung des Weltrates der Kirchen. Damit ein gewisser Vergleich mit den Ergebnissen dieser Tagung möglich wird, sei hier — mit Rücksicht auf die Dokumentation des Pontifikates von Papst Johannes XXIII. leider etwas verspätet — eine Zusammenfassung der Berichte der Studienkommission gegeben. Ihre Dokumente liegen uns im englischen Original vor in den sog. Faith-and-Order-Papers Nr. 36—40 (von der Informationsabteilung des Weltrates der Kirchen in Genf, 17, route de Malagnou). Über die in Nr. 36 enthaltenen vorbereitenden Tagungen des Arbeitskomitees (1961 in Neu-Delhi und 1962 in Paris) mit der Tagesordnung für Montreal wurde bereits ausführlich berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 228 f.).

Christus und die Kirche

Das wichtigste Dokument ist der geteilte Bericht der Theologischen Kommission über „Christus und die Kirche“ (Paper 38), von dem, eingeleitet durch Paul S. Minear, zwei verschiedene Ausarbeitungen vorliegen, eine der nordamerikanischen Sektion (Mitglieder vgl. 34) und eine der europäischen Sektion, der u. a. Bischof Anders Nygren, Prof. O. Cullmann, Metropolit Chrysostomos (Konstantinides) von Konstantinopel und Prof. E. Schlink angehören (62). Die Einleitung versichert, daß diese Berichte sich wesentlich unterscheiden von dem Zwischenbericht „Ein Herr — Eine Taufe“, über dessen problematische Anpassung der Sakramentenlehre an den Spiritualismus der Quäker wir im einzelnen berichtet hatten (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 427 ff.). Wegen der verschiedenen theologischen Gedankenführung und der Tatsache, daß diese Studiendokumente der vorbereitenden Kommissionen nicht etwa „Schemata“ vorschlagen, sondern nur den gegenwärtigen Stand der Arbeit festhalten wollen, greifen wir heraus, was die Verfasser und wohl auch die katholischen Beobachter als das Wichtigste für das Gespräch ansehen, nämlich die

Methode, die erfreuliche Fortschritte anzeigt. Eine Frage wird allerdings konsequent umgangen bzw. nur gestreift, das *Ius divinum* der Einen Kirche, die rechtliche Seite ihrer Ämter und Traditionen im Hinblick auf die gültige dogmatische Tradition in der Einheit der Kirche. Man spürt auch in Paper 37 über „Institutionalismus“ wenig davon, daß dieser Kommission Hans Dombois angehört hat (vgl. den Bericht über sein rechtstheologisches Werk „Das Recht der Gnade“ in Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 574 f.).

Die Methode der nordamerikanischen Sektion ist vor allem Bibelauslegung mit einem bemerkenswerten Aspekt: die Zeugnisse der Bibel über Jesus Christus und seine Kirche werden „in Fühlung mit der lebendigen Erfahrung der Kirche“ befragt und in einer gewollt „katholischen“ Absicht (11 f.), d. h., die ganze Bibel wird befragt. Es wird darauf verzichtet, ihre Texte unkritisch als Beweismittel für vorentschiedene Lehren zu zitieren oder den Pluralismus ihrer Zeugnisse außer acht zu lassen, die eine Mannigfaltigkeit theologischer Lehren in der Einen Kirche zeigen. Sodann wird von vornherein erkannt, daß das Wesen der Kirche nicht bestimmt werden kann, wenn nicht die von Christus erlöste Welt einbezogen wird. Kirche und Welt sind aufeinanderhin geschaffen und werden in Christus zusammengefaßt. Das Verhältnis der Kirche des Neuen Bundes zu Israel, dem alten Bundesvolk, und der Rückgang auf das christologische Dogma von Chalcedon zur Erklärung der Kirche treten in den Hintergrund oder werden nur sehr bedingt herangezogen, im Unterschied zum Verfahren der europäischen Sektion. Unter den Theologen Nordamerikas ist man sich bewußt, daß ihre Methode in Absehung von konventionellen Feststellungen helfen kann, die Frage der Einheit der Kirche in neuem Licht zu sehen (30).

Geist und Institution

Unter grundsätzlicher Beibehaltung des Weges von der trinitarischen Christologie zur Ekklesiologie — wobei mehr beiläufig gesagt wird: „Wir haben in unserer Überlegung eingeschlossen das Verständnis der Quäker von den Sakramenten als geistlichen Wirklichkeiten, die auch ohne die äußeren Zeichen erfahren werden können...“ (20) — geht der Bericht schließlich die Frage an, wie „die Kirche“ als die von Christus gestiftete „göttliche Gemeinschaft“, als sein Leib und als die Neue Schöpfung, in ihrer